



Finanzpolitik

Die CVP steht für das Erfolgsmodell des Kantons Schwyz. Die international anerkannte Schwyzer Finanzpolitik ist ein CVP-Produkt. Finanzpolitik betrifft die Menschen direkt. Finanzpolitik ist zwar keine Sachpolitik, aber in jeder Sachpolitik wichtig. Denn sie ist die Lebensader des staatlichen Handelns, setzt Anreize, gleicht aus und sie bestimmt in ihrer Gesamtheit die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Schwyz.

1. Finanzpolitik ist Standortpolitik

Finanzpolitik ist nicht Selbstzweck. Sie ist der Vision eines lebenswerten und attraktiven Wohn- und Wirtschaftsraums verpflichtet. In diesem Sinne ist Finanzpolitik Standortpolitik. Eine gute Standortpolitik bedeutet immer eine Gesamtabwägung vieler Faktoren - und nicht nur ein einseitiges und kurzsichtiges „Sparen“. Der lebenswerte und attraktive Wohn- und Wirtschaftskanton Schwyz gründet auf den folgenden fünf Erfolgsfaktoren, die es mit einer guten Finanzpolitik zu pflegen gilt. Eine erfolgreiche Politik optimiert bei jedem Entscheid konsequent diese fünf Erfolgsfaktoren. Es sind nur Entscheide zu treffen, die gesamthaft die Situation verbessern und keinen der fünf Erfolgsfaktoren wesentlich verschlechtern. Bei jedem Entscheid einzubeziehen sind:

- **Wohnqualität**

Der Kanton Schwyz weist eine hohe Wohnqualität auf. Sie ist geprägt durch die attraktive Landschaft, durch die hochstehenden Naherholungsgebiete und schönen Wohnlagen. Sie profitiert von der Nähe zu den Zentren Zürich, Zug und Luzern für Einkaufen, Arbeiten und Kultur, von der guten Infrastruktur und von der tiefen Steuerbelastung. Ein allgemein anerkannter Faktor für eine gute Wohnqualität ist der hohe Anteil an Wohneigentum im Kanton Schwyz.

- **Wirtschaftsqualität**

Zu einem lebenswerten Kanton gehören auch Arbeitsplätze. Arbeitsplätze sind der Lebensnerv eines Siedlungsraums. Der gute Anschluss zu den Zentren Zürich, Zug und Luzern gewährleistet einen guten Absatz- und Arbeitsmarkt, die Nähe zum Flughafen ist wichtig für international ausgerichtete Unternehmen. Und die tiefe Steuerbelastung ist ein wichtiger Trumpf dafür. Der Kanton Schwyz weist aber trotzdem eine negative Pendlerbilanz aus. Potenzial zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen ist sicherlich noch vorhanden und muss Ziel einer guten Finanzpolitik sein. Gleichzeitig ist der Kanton Schwyz stolz auf seine Tradition in der produzierenden Landwirtschaft. Die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion muss Teil der Zukunftsstrategie des Wirtschaftsstandorts Schwyz sein.

- Sozialqualität

Der Kanton Schwyz zeichnet sich durch ein sehr starkes Bewusstsein der Eigenständigkeit und Selbstverantwortung der Einwohnerinnen und Einwohner aus. Dies trägt entscheidend zum guten sozialen Zusammenhalt bei. Diese Sozialqualität verändert sich aber durch die grosse Anzahl von Zuzüglern. Es besteht die Gefahr, dass sich diese Zuzüglern nur wenig in die dörflichen bzw. nachbarschaftlichen Strukturen des Polit-, Vereins- und Kulturlebens integrieren.

Eine gelungene Integration von Zuzüglern läuft am besten über die Vereine und die Einschulung von Kindern. Schlüsselfaktor für die Sozialqualität ist es somit, attraktiv für Familien zu sein. Diese entwickeln stärkere Wurzeln in der Wohngemeinde, kommen direkter in Kontakt mit den lokalen Gepflogenheiten und sind eher bereit, sich auch in der wichtigen Freiwilligenarbeit zu engagieren. Attraktivität für Familien unterstreicht die Wichtigkeit guter - auch internationaler - Schulen, der Kindertagesbetreuung sowie attraktiver Freizeit- und Sportangebote. Sozialqualität bedeutet aber auch der erfolgreiche Ausgleich zwischen den "Welten der zwei Geschwindigkeiten". Die ländlich geprägte Bevölkerung des Kantons muss spüren, dass sie bei der erfolgreichen Entwicklung nicht vergessen geht. Ein fairer Finanzausgleich, gutes Nutzen der Chancen in den traditionellen Branchen, sowie ein gutes soziales Netz für die Schwächsten sind wichtige Aspekte davon. Es braucht den gegenseitigen Respekt.

- Umweltqualität

Eine intakte Landschaft, hochwertige Naherholungsgebiete, natürliche Ressourcen mit Bergen und Seen, aber auch die dörfliche Strukturen sind wichtige Elemente der Umweltqualität. Insbesondere die Raumplanung, aber auch die Tourismusentwicklung ist gefordert, die Umweltqualität nachhaltig hochzuhalten, um keine „Monacoisierung“ von Teilen des Kantons Schwyz zu erlauben. Für eine erfolgreiche Umweltqualität ist insbesondere das gelungene Nebeneinander von landwirtschaftlichen Strukturen, Schutzzonen, Naherholungsgebieten und Siedlungsentwicklungsgebieten notwendig. Nur mit einer intakten Umwelt bietet der Kanton Schwyz ein attraktives Zuhause für uns und unsere Kinder.

- Verwaltungsqualität

Eine schlanke, bürgernahe Verwaltung, die pragmatisch sinnvolle und einfache Lösungen sucht, wird von Unternehmern und Privatpersonen gleichermassen als wichtiger Standortfaktor geschätzt. Es darf kein starrer und teurer „Perfektionismus“ angestrebt werden. Die Kleinheit der Schwyzer Strukturen bietet grosse Chancen.

2. Finanzpolitik ist Wertepolitik

Politik ist nie neutral. Jede Partei versteht Wohn-, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Verwaltungsqualität unterschiedlich. Deshalb reicht es beim politischen Handeln nicht, nur die Ziele vor Augen zu halten, sondern man muss sich seiner Werte bewusst sein. Die bestmögliche Stärkung dieser fünf Erfolgsfaktoren erfolgt durch Hochhaltung des konservativ-liberalen Politikansatzes der CVP:

- ***Grundsätzliche Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen - der Staat handelt nur subsidiär***

Staatliches Handeln - und somit auch die Finanzpolitik - hat zum obersten Ziel, die Eigenverantwortung zu stärken, sei dies durch Setzen von Anreizen, durch Regulierungen, durch finanzielle Unterstützung des privaten Handelns und nur wenn die Notwendigkeit gegeben ist durch direkte Übernahme von Aufgaben.

- ***Gewährung der Chancengleichheit - nicht der Gleichheit im Resultat***

Jede Bürgerin und jeder Bürger soll bestmöglich die gleichen Chancen erhalten, sich persönlich, wirtschaftlich und sozial zu entwickeln. Die Leistung soll respektiert werden. Politik muss die Chancengleichheit gewähren, darf aber nicht den Ausgleich im Resultat zum Ziel haben. Entscheidend ist die Eigenverantwortung, was jeder und jede aus seinen Chancen macht.

- ***Soziales Netz für die Schwächsten - nicht für alle unter dem Durchschnitt***

Sozialleistungen sind gezielt auf die Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens auszurichten. Die Schwächsten sind bestmöglich zu stärken - der Kanton Schwyz soll daran beurteilt werden, wie er mit den Schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft umgeht. Die CVP will keinen Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung lähmt. Sie legt deshalb Wert auf das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten. Eine sozial orientierte Finanzpolitik schafft Strukturen und Anreize, welche die individuelle Leistungsbereitschaft belohnen. Ziel einer sozialen Finanzpolitik darf aber nicht der materielle Ausgleich zum Ziel haben. und damit die Attraktivität der Arbeitstätigkeit schwächen. Arbeit muss sich immer lohnen.

- ***Individuelle Freiheiten sind möglichst wenig einzuschränken***

Eingriffe in die Freiheit von Menschen und Unternehmen sind nur für ein übergeordnetes öffentliches Interesse vertretbar - nicht aber lediglich zur Erleichterung administrativer Prozesse. Die Hochhaltung individueller Freiheiten bedingt einen zurückhaltenden Staat. Dies äussert sich darin, wie viel Geld der Staat dem Bürger „im Sack“ lässt.

3. Das Erfolgsmodell der Schwyzer Steuerpolitik ist zu stärken

Der Kanton Schwyz wird für seine erfolgreiche Steuerpolitik der letzten Jahre respektiert und beneidet. Sie erlaubte den Aufstieg vom armen Bauernkanton zum finanzstarken Wohn- und Wirtschaftskanton. Dieses Erfolgsmodell beruht auf tiefen Steuern und einer effizienten Verwaltung. Der Erfolg hat aber auch seine Schattenseiten. Es sind gewisse Überhitzungsspuren im Wohnungs- und Bodenmarkt zu erkennen.

- ***Die tiefen Einkommens- und Vermögenssteuern als Schlüsselfaktoren der Erfolgsgeschichte sind aufrecht zu halten***

Trotz Überhitzungsspuren darf der Kanton Schwyz nicht am Ast sägen, auf dem er sitzt. Es besteht unbestrittenermassen die Gefahr einer Verdrängung von jungen

Einheimischen aufgrund der hohen Wohnkosten und ein Nachholungsbedarf an Infrastrukturbauten. Diese Probleme können und müssen gelöst werden. Sie können aber nicht mittels der Steuerpolitik gelöst werden. Erfolgreiche Lösungsansätze sind im Bereich der Raumentwicklung und Infrastrukturpolitik zu suchen.

Der Kanton Schwyz soll auch in Zukunft steuerlich zu den attraktivsten Orten weltweit gehören. Das Steuersystem ist entsprechend darauf auszurichten. Die Ausstrahlungskraft der Höfner Gemeinden ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für den Ruf des ganzen Kantons. Der Finanzausgleich muss deshalb moderat bleiben und berücksichtigen, dass die starke Position im Steuerwettbewerb auch in Zukunft möglich bleibt. Davon profitieren schlussendlich alle Gemeinden. Allerdings ist die Steuerpolitik auch auf die positive Wirkung für den Mittelstand auszurichten. Die CVP will keine Verschärfung des Steuerwettbewerbes zulasten des Mittelstandes und der Familien. Auch lehnt die CVP reine Verschiebungen von Staatsaufgaben ab. Für den Bürger ist es schlussendlich entscheidend, welche Gesamtsteuerbelastung er zu tragen hat.

- Die Steuern auf mobilen Einkommen und Vermögen sowie auf Unternehmensgewinnen sind tief zu halten

Der bisherige Erfolg basiert auf der tiefen Besteuerung der sogenannten „mobilen“ Faktoren. Dazu gehören – neben dem traditionell sehr mobilen Kapital – auch internationale Konzernzentralen und Spitzenkräfte mit hoher Arbeits-Marktmacht (z.B. erfolgreiche Sportler, Manager, Künstler). Die Globalisierung der Informationen, der wachsende Anteil der Finanzwirtschaft, die verschiedensten Finanzprodukte, sowie weltweit reichlich vorhandene Schlupflöcher führen dazu, dass die mobilen Faktoren nicht nur beweglicher geworden sind, sondern an Bedeutung zunehmen. Der Kanton Schwyz ist im Wettbewerb um mobile Faktoren äusserst gut aufgestellt. Diese Attraktivität ist zu pflegen. Bei mobilen Faktoren - wie insbesondere dem Kapital, aber auch bei hohen Einkommen - bergen Steuererhöhungen Risiken, die Steuerbasis aufgrund von Geldabfluss zu schwächen. Auf der anderen Seite sind die immobilien Faktoren - wie es der Namen schon sagt - stärker an den Standort gebunden. Zu den relativ immobilien Faktoren gehören insbesondere die steuerlichen Belastungen in Bezug auf Arbeit, Konsum und Boden. Wobei vor allem die letzten beiden Aspekte noch Potenzial für zusätzliche steuerliche Ressourcen bieten. Die Tendenz der letzten Jahre geht in eine gefährliche Richtung. Vermehrt werden boden- und konsumbezogene Faktoren im Kanton Schwyz entlastet, die auf die Steuerattraktivität insgesamt kaum Einfluss haben. Der politische Druck auf die Vorteilsabgeltung und auf die Fahrzeugsteuern sind diesbezüglich Warnsignale. Sie erhöhen mittelfristig den Druck auf die relativ mobilen Einkommenssteuern und Kapitalsteuern und drohen somit die Steuerattraktivität des Kantons Schwyz zu schwächen.

4. Finanzpolitik ist auch Infrastrukturpolitik

- Die Abschreibungssätze für Infrastrukturbauten sind auf die Nutzungsdauer auszurichten

Der Kanton Schwyz plant und baut aktuell die Infrastrukturen für die nächste(n) Generation(en). Diese Langfristigkeit gilt es auch bei der Finanzierung zu berücksichtigen und die Abschreibungssätze entsprechend anzupassen. Denn die heutige Generation zahlt mit den Abschreibungssätzen von 10% unverhältnismässig

viel an die Grossprojekte. Dies dämpft die Bereitschaft für die wichtigen Investitionen in die Infrastrukturen, die wesentlich zur nachhaltigen Attraktivität des Kantons beitragen.

5. Finanzpolitik muss Raumentwicklung berücksichtigen

Die erfolgreiche Entwicklung des Kantons als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort führt auch zu Herausforderungen bei der Raumentwicklung. Neben notwendigen Infrastrukturprojekten ist der hohe Siedlungsdruck auch bei den Wohn- und Bodenpreisen zu spüren. Finanzpolitik kann auch in der Raumentwicklung einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Schwyz leisten und vor allem auch für die soziale Nachhaltigkeit.

- Die oberste Priorität für eine geordnete Raumentwicklung ist das Setzen von guten Anreizen

Raumentwicklung muss in geordneten Bahnen erfolgen. Die Richt- und Nutzungsplanungen in Kombination mit den kantonalen und kommunalen Baugesetzen bieten dafür geeignete Instrumente. Dabei sollen vermehrt, Anreize gesetzt werden, die negativen Nebeneffekte des hohen Siedlungsdrucks zu kontrollieren. Zur Abfederung der negativen Auswirkungen sind unter anderem folgende Ansätze zu prüfen:

- Die Ausscheidung von Sonderzonen für preisgünstigen Wohnungsbau
- Bonussysteme bei Gestaltungsplänen für preisgünstige Wohnungen
- Schaffung rechtlicher Grundlagen für Gemeinden zum Abschluss von Eigentümervereinbarungen zum Bau von preisgünstigen Wohnungen (z.B. im Rahmen von Umzonungen oder bei Gestaltungsplänen).

- Der zweckgebundene Einsatz eines Teils der Grundstückgewinnsteuern für preisgünstigen Wohnungsbau ist zu prüfen

Die Höhe der Grundstücksgewinnsteuern ist ein guter Indikator für die Entwicklung der Bodenpreise. Sie hat in den letzten Jahren stark zugenommen und erreichte in der Staatsrechnung 2009 eine Höhe von rund 63.5 Mio. Franken - fast doppelt so viel wie die gesamten Einnahmen aus Gewinnsteuern auf Kantonsstufe.

Würde man einen Teil der Grundstücksgewinnsteuern zweckgebunden für den preisgünstigen Wohnungsbau einsetzen, so könnte die rasante Entwicklung der Preise auf dem Wohnungsmarkt mit den dringend notwendigen preisgünstigen Angeboten kompensiert werden. Es ist die Abschaffung der Haltedauer und die Einführung eines Einheitstarifs bei der Grundstücksgewinnsteuer denkbar. Erstens zeigt die fiskalische Bestrafung einer kurzen Haltedauer kaum Wirkung, um Bodenspekulation effektiv einzudämmen. Zweitens würde mit der Abschaffung der Haltedauerbestimmungen einer der Anreize wegfallen, eingezontes Land möglichst lange zu horten und nicht der vorgesehenen Nutzung zuzuführen.

6. Finanzpolitik ist auch Anlagepolitik

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik muss sich auch am Umgang mit dem Vermögen zeigen. Die flüssigen Mittel des Kantons müssen in Zukunft professionell verwaltet und angelegt werden.

7. Schwyzer Pragmatismus für eine effiziente Verwaltung

Die CVP-Werte widerspiegeln sich in einem gesunden Pragmatismus in der Schwyzer Verwaltung. Der Personalbestand ist in den letzten Jahren aber massiv gewachsen und die Verwaltung ist spürbar weniger entscheidungsfreudig geworden. Oftmals versteckt man sich hinter Bundesvorgaben oder Expertengutachten. Die Verwaltung muss sich auf ihre Schwyzer Tugenden zurückbesinnen - ein gesundes Mass an Pragmatismus steht über formalistischem Perfektionismus.

- Der Kanton Schwyz muss eine offene, bürgernahe und kompetente Verwaltung bieten

Die Kleinheit des Kantons bietet insbesondere bei der Verwaltung grosse Chancen. Dies hat er mit einer bürgernahen und flexiblen Verwaltung bewiesen. Dies gilt es als wichtigen Standortfaktor weiterzuentwickeln.

- Die Verwaltung muss konsequent lösungsorientiert und entscheidungsfreudig handeln

Die gesellschaftliche Tendenz, dass alles durch externe Expertengutachten abgesichert werden muss, hat auch in die Schwyzer Verwaltung Einzug gehalten. Der Beizug von Experten mag im Einzelfall sinnvoll sein, führt aber bei systematischer Anwendung zu Mehrkosten und zu Verzögerungen. Die Schwyzer Verwaltung muss wieder Selbstvertrauen zurückgewinnen. Sie muss vermehrt bereit sein, Lösungen mit zu entwickeln und zu entscheiden - auch wenn nicht jede Eventualität vorab präzise abgeklärt werden kann. Eine lösungsorientierte und entscheidungsfreudige Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, sowie auch für Investoren.

- Der Vollzugsföderalismus ist auf das Notwendige zu beschränken

Das Wachstum der kantonalen Verwaltung ist nicht zuletzt auf den wachsenden Vollzugsföderalismus zurückzuführen. Zunehmend werden Kantonsaufgaben mit Bundesvorgaben begründet. Der Vollzug wird dabei oftmals mit anderen Kantonen in einem für Schwyz „untypischen“ Perfektionismus koordiniert durchgeführt. Für die Beschränkung des Vollzugsföderalismus auf das Notwendige ist wieder mehr Mut zur Eigenständigkeit und eine klare Priorisierung der Aufgaben gefragt. Man darf auch mal etwas stehen lassen. Ein Beispiel für einen überschüssenden Vollzug ist die bereits mehrfach kritisierte Errichtung der Datenschutzstelle, die kaum einen erkennbaren Mehrwert für die Schwyzer Bürgerinnen und Bürger gebracht hat.

- **Die „Privatisierung von Vollzugskosten“ sind offenzulegen und möglichst tief zu halten**

Gesetze und deren Vollzug produzieren private Kosten. Diese volkswirtschaftlich relevanten Kosten werden von der Verwaltung oftmals vernachlässigt - es belastet den Kantonshaushalt ja nicht. Für eine verantwortungsvolle Politik sind diese Aspekte aber auch mit ein zu beziehen. Was im Sinne der Verursacherfinanzierung zwar sinnvoll scheint, ist oftmals unverhältnismässig und generiert hohe Mehrkosten - sei dies aufgrund von neuen Sicherheitsvorschriften, privaten Gutachten, Umweltvorgaben oder auch aufgrund der Notwendigkeit auf Fachexperten oder Juristen im Umgang mit der Verwaltung zurückgreifen zu müssen.

Um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Regulierungen massvoll zu halten, sind diese konsequent bei Gesetzen transparent aufzuzeigen und möglichst tief zu halten.

8. Finanzpolitik ist Handwerk – der richtige Einsatz der Werkzeuge ist entscheidend

Die Finanzpolitik ist keine Sachpolitik, sie kann aber die Sachpolitik lenken. Der politische Prozess konzentriert sich häufig auf die Feststellung von Problemen. Eine ausführliche Diskussion von nachhaltigen Lösungsoptionen kommt oft zu kurz. Politik ist oft den öffentlichen Stimmungsschwankungen des politischen Alltagsgeschäfts ausgesetzt. Der politische Druck führt dazu, dass „man einfach etwas tun muss“. Das „Was“ und „Wie“ kommt aber zu kurz. Eine gute Finanzpolitik muss in allen Sachbereichen konsequent Wirkung einfordern. Hier kann die CVP mit innovativen Lösungsansätzen punkten.

- **Die Nachhaltigkeit muss gewährleistet sein**

Die Nachhaltigkeit der Politik ist heute nicht gewährleistet. Einerseits weil man zum Zeitpunkt der Ausarbeitung von Lösungen schlicht noch nicht weiss, was in Zukunft sein wird, und zweitens weil man sich um diese Zukunft auch zu wenig kümmert. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik kann hier zu einer „Good Public Governance“ wesentlich beitragen. Folgende Instrumente sind beim politischen Prozess in Betracht zu ziehen, um die Nachhaltigkeit zu verbessern:

a. Regulierungsfolgenabschätzung

Mit der Einführung systematischen Regulierungsfolgenabschätzungen könnten die Auswirkungen staatlichen Handelns auf die fünf Aspekte Wohn-, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Verwaltungsqualität aufgezeigt, respektive optimiert werden. Damit kann der Gesetzgebungsprozess versachlicht und verbessert werden. In vielen Bereichen der Bundesverwaltung hat sich das Instrument der Regulierungsfolgenabschätzung bei grösseren Gesetzesvorhaben oder Programmen bewährt. Dies ist auch für die kantonale Politik wichtig.

b. Gesetze und Programme mit Ablaufdatum

Der Blick in die Zukunft ist schwierig. Ab und zu muss man auch in der Politik Raum für Versuche lassen. Oftmals werden als Versuch konzipierte Massnahmen aber für die „Ewigkeit“ erlassen. Entscheidend ist, dass man die politischen Massnahmen regelmässig hinterfragt und auswertet. Am einfachsten geht dies, indem man

Gesetze und Programme nur für eine beschränkte Zeit einführt. Ist die Zeit abgelaufen, muss man sich aktiv um die Weiterführung kümmern. Hat es nicht die gewünschte Wirkung erzielt, läuft es aus.

c. Gesetze und Programme mit Mengenbeschränkungen

Oftmals kann es in der Gesetzgebung sinnvoll sein, die Ausgaben explizit zu beschränken. Dies ist insbesondere dann angezeigt, wenn die Folgen schwierig abzuschätzen sind.

9. Evaluationsklausel

Bei Gesetzen und Programmen mit entsprechender Tragweite sollte die Wirkung nach einer ersten Phase evaluiert werden. Eine entsprechende Evaluationsklausel in Gesetzen oder Massnahmen gewährleistet, dass die Diskussion zur Weiterführung konsequent auf die Wirkung ausgerichtet und versachlicht wird.

Beispiele von Evaluationsklauseln auf Bundesstufe:

- Verfassungsgrundlage: Art. 170 Bundesverfassung
- Bei Botschaften des Bundesrats: Art. 141 des Parlamentsgesetzes
- Bei Subventionen: Art. 5 des Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen
- ***Die Wahl der Werkzeuge muss vor allem die positiven Anreize maximieren und die persönlichen Einschränkung der Bürger minimieren***

Die Subsidiarität ist im politischen Alltag zu leben. Die Eigenverantwortung soll bestmöglich gestärkt werden. In diesem Sinn besteht eine Hierarchie von Instrumenten, bei der die direkte Erbringung von Leistungen am Schluss - quasi als ultima ratio – steht. Der Staat soll vor allem ermöglichen - und nicht befehlen oder verbieten. Ermöglichen heisst, die richtigen Anreize zu setzen:

a. Regulierung

Der Königsweg einer liberal-konservativen Politik ist die gute Regulierung, die Raum für Eigeninitiative und selbstverantwortliches Handeln schafft. Gutes Handeln muss sich lohnen. Verbote sind dagegen auf ein Minimum zu beschränken, denn sie behindern auch die Suche nach innovativen Lösungen. Ein Beispiel für positive Anreize durch Regulierungen ist ein Bonus bei der Ausnützungsziffer für energieeffizientes oder preisgünstiges Bauen.

b. Zusammenarbeit

Ein effizientes Mittel bei der Erbringung von staatlichen Aufgaben ist die Zusammenarbeit mit Privaten und anderen Gemeinwesen, wobei die demokratische Kontrolle von Zweckverbänden besonders zu beachten ist.

Beispiele von Zusammenarbeitsformen:

- Public-Private Partnerships (z.B. bei Spitalpflege, Schulen)
- Beteiligungen an Unternehmen (z.B. Elektrizitätswerke, Wasserversorgung)
- Horizontale Zusammenarbeit (z.B. interkantonale Konkordate im Bereich Kultur)

- Vertikale Zusammenarbeit (z.B. Zusammenarbeit mit Gemeinden und Bund bei Wanderwegen)

c. Einkauf von Leistungen

Grundsätzlich können öffentliche Leistungen von der Verwaltung auch eingekauft werden - oftmals mit Vorteilen. Der Einkauf von Leistungen ist insbesondere angebracht, wenn gezieltes Fachwissen benötigt wird, wenn eine Aufgabe zeitlich beschränkt ist oder einfach wenn ein entsprechender Markt besteht. Deshalb ist konsequent zu prüfen, ob Leistungen auch eingekauft werden können, ohne dass die Verwaltung entsprechende Ressourcen aufbauen muss.

Beispiele von möglichem Einkauf von Leistungen:

- Ingenieurarbeiten bei Infrastrukturprojekten
- Versicherungswesen über Broker
- Outsourcing von Informatikdienstleistungen

d. Beim Einkauf von Leistungen sind optimale Anreize für die Dienstleister zu schaffen

Die Leistungserbringer müssen Interesse an einer effizienten Leistungserbringung haben. Die kostengünstige Erbringung von Dienstleistungen muss sich für den Auftragsnehmer also lohnen.

Mittel für effiziente Dienstleistungserbringung

- Pauschalbeiträge
- Leistungsverträge
- Wettbewerbsverfahren

e. Verursacherfinanzierung

Grundsätzlich ist sicherzustellen - soweit finanziell tragbar und sozial verantwortbar - dass die Verursacher bei direkten Dienstleistungen des Staates auch die Kosten übernehmen (z.B. Abfallentsorgung).

10. Eine gute Finanzpolitik berücksichtigt eine sinnvolle Aufgabenteilung

Die Vorteile der dezentralen Verantwortung und einer sinnvollen Gemeindeautonomie sind zu respektieren. Grundprinzipien der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden bilden die fiskalische Äquivalenz und die Subsidiarität. Werden diese klaren Grundsätze der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden nicht eingehalten, kommt es zur Verflechtung von Aufgaben und Zuständigkeiten und zu Mischfinanzierungen, die einem effizienten Staat, kurzen Entscheidungswegen und einem wirtschaftlichen Einsatz der knappen finanziellen Mittel abträglich sind.

- ***Die fiskalische Äquivalenz muss in der Sachpolitik gelebt werden***

Die Kreise der Nutzniesser von öffentlichen Leistungen, der Kostenträger und der Entscheidungsträger sollten sich in der Finanzpolitik möglichst decken. Dies bedeutet

fiskalische Äquivalenz. Anders gesagt, diejenige Staatsebene, welche die Kosten trägt, soll auch über die Leistung entscheiden und dem Bürger gegenüber gerade stehen. Mischfinanzierungen von Aufgaben und Projekten sind zu vermeiden. Bei Mischfinanzierungen über mehrere Staatsebenen soll mindestens über Pauschalbeiträge und Leistungsaufträge gesteuert und nicht einfach kostenabhängig mitfinanziert werden.

Wird das fiskalische Äquivalenzprinzip im Verhältnis Kanton und Gemeinden eingehalten, kommen optimale Entscheidungen für eine bedarfsgerechte Versorgung mit öffentlichen Leistungen und für einen wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz der Ressourcen zustande. Der Kantonsrat soll sich am Prinzip der fiskalischen Äquivalenz orientieren. Die Einhaltung dieses Grundsatzes entspricht auch der Subsidiarität, die für den Aufbau eines föderalistischen Gemeinwesens wegweisend ist.

- *Das Subsidiaritätsprinzip ist zu achten*

Es sind diejenigen Aufgaben auf der lokalen Ebene zu belassen, die geringe räumliche oder fiskalische Externalitäten mit sich bringen. Öffentliche Leistungen mit einer engen räumlichen Wirkung gehören in den Verantwortungs- und Finanzierungsbereich der Gemeinden. Damit wird sichergestellt, dass die Gemeinden ihre öffentlichen Leistungen nach örtlich verschiedenen Bedürfnissen und Präferenzen gestalten können, dass wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen vor Ort berücksichtigt werden und dass für die Mitentscheidung und Kontrolle auf lokaler Ebene Raum geschaffen wird.

- *Finanzausgleich soll in seiner schlanken Form beibehalten werden*

Um effektiv selbstverantwortlich zu handeln, ist sicherzustellen, dass die entsprechenden Ressourcen auch zur Verfügung stehen. Sei es durch die Regulierung oder über einen Ressourcenausgleich. Ein Erfolgsmodell ist der Finanzausgleich zwischen den Gemeinden, der eine gewisse Eigenständigkeit garantiert, ohne dass der Kanton zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen muss. Der innerkantonale Finanzausgleich soll in seiner schlanken Form beibehalten werden.

- *Eine regelmässige Überprüfung der Strukturen ist wichtig*

Eine gute Finanzpolitik bedingt auch eine gute Organisation. Um die Verwaltung nachhaltig effizient zu halten sind die Strukturen regelmässig zu überprüfen. Dabei darf es keine a-priori-Tabus geben. Die Überprüfung hat sämtliche staatlichen Ebenen und verwaltungsexternen Bereiche mit ein zu beziehen - nicht nur die Kernverwaltung. Ziel muss das optimale Leistungspaket für den Bürger vor Ort sein. Massnahmen, welche die Kosten einfach auf eine untere Ebene abwälzen, sind keine Lösungen. Ein grosses Potenzial zur Effizienzsteigerung der gesamtkantonalen Verwaltungsstrukturen liegt bei vertiefter Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und/oder Bezirken. Kommunale Zusammenarbeitsanstrengungen und Strukturbereinigungen sind zu fördern. Dabei ist eine optimale Grösse zur Aufgabenerfüllung anzustreben.